

"Nachverdichtung abgelehnt"

SZ v. 15.4.19:

SPD und GRÜNE scheitern in Icking mit Antrag zur Wohnumnutzung

Anlässlich der Diskussion im Ickinger Gemeinderat über den Antrag der SPD / Grünen zu o. g. Thema kam es zu der Feststellung: "Dennoch setzte der Gedankenaustausch einiges in Gang, um besser zu informieren."

Und genau darum geht es auch in dem gen. Antrag. Nämlich einen fachlich versierten Arbeitskreis einzusetzen, der klärt, unter welchen technischen und baurechtlichen Voraussetzungen in geräumigen Häusern Einliegerwohnungen (wenn gewünscht) geschaffen werden können. Daraus ergeben sich Spielräume für Hausbesitzer. Die Gemeinde könnte anbieten, hierüber aufzuklären. Das ist mit „Nachverdichten im Bestand“ gemeint. In Gesprächen mit betroffenen Bürgern ist fallweise herauszufinden, wo dies **zum Nutzen der Hausbesitzer und der Wohnungssuchenden** sinnvoll und gewünscht ist. Diese Frage und Antwortsuche nach einer möglichen Win-Win-Lösung sind Gegenstand der SPD-Aktion und wäre die Aufgabenstellung für diesen Arbeitskreis gewesen.

Trotz dieser Aktions-Logik und trotz erkennbarer Einsicht bei den Räten die Lösungssuche in diesem Problem zu aktivieren, konnten sich die RäteInnen - völlig unverständlicherweise - nicht zur Zustimmung entschließen. Das verstehe wer will?!

Alles 'paletti' in Sachen sozialverträgliche Mietwohnungsschaffung in Icking?

Wenn Frau Menrad sagt, dass diese Initiative '**Eulen nach Athen tragen**' hieße, dass es für diese Aufgabe eine '**Wohnberaterin des Landratsamtes**' gäbe, kurzum, ...'**wenn bereits genug gemacht**' würde, dann stellen sich für uns allerdings einige Fragen:

1. Wie kann es sein, dass (nach unserer Kenntnis) seit ca. vierzig Jahren keine einzige gemeindeeigene Mietwohnung entstanden ist? (Im Gegenteil, die Wohnung im alten Rathaus in Icking fiel dem Umbau ersatzlos zum Opfer).
2. Was meinen die Ablehner dieser Initiative im Gemeinderat, wenn es heißt: "...es werde bereits genug gemacht" – obwohl nichts zu sehen ist?
3. Wieviel Wohnungen - über die die Gemeinde verfügen kann - sind in den letzten Jahren mit Hilfe der 'Beraterin des Landratsamtes' entstanden?
4. Und was ist seit dem genannten 'Wohnungsbau-Workshop' im Mai 2018 (d. h. vor einem Jahr!) konkret geschehen?

Nichts ist paletti!

Und nochmal zur Erinnerung:

In der Begründung zu unseren Anträgen wird explizit dargestellt, dass dieser Weg über die Altbestandsoptimierung

- erstens ein **schnellerer Weg** sein kann um Wohnraum zu schaffen und
- zweitens **umweltfreundlich** ist, da keine zusätzliche Flächenversiegelung stattfindet und
- drittens für **alle Beteiligten**, nämlich die Hausbesitzer und die Wohnungssuchenden von **Nutzen ist**.

Und dem konnten die Räte nicht zustimmen? Wenn das mal nicht andere als sachliche Motive für die Ablehnung einer gut durchdachten Idee waren?!

Mit freundlichem Gruß – Gerhard Jakobi